Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	I	17	1	Einsparung von E-Mail Accounts, Netzwerkkennungen sowie Windows-Lizenzen	2029	0 €	0 €	0 €	201.800 €	201.800 €				Nicht alle Mitarbeitende brauchen/nutzen Zugang zu elektronischen Arbeitsplätzen, voraussichtlich könnten ab 2029 ca. 300 Lizenzen eingespart werden.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	I	17	2	Reduzierung A4-Drucker	2027	0 €	27.000 €	162.500 €	162.500 €	162.500 €		27.000 €		Reduzierung der Anzahl von Druckern ab November 2027.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	I	17	3	Verzicht auf Anschluss der Fachschule für Techniker ans städtische Netz	2026	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €		12.000 €		Ursprünglich geplanter Anschluss der Fachschule für Techniker würde nicht vollzogen werden.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	I	17	3	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Anschluss der Fachschule für Techniker. Die Schule soll beibehalten werden.										**AfD:** Keine Befürwortung der Nr. 2026/I/17/3	
2026	I	17	3a	**Antrag FWG Nr. 184 und 191/2026:** Kein Verzicht auf Anschluss der Fachschule für Techniker ans städtische Netz. Der Einsparungsvorschlag soll vor einer Umsetzung umfassend auf seine tatsächlichen finanziellen und organisatorischen Auswirkungen überprüft werden.										***Stellungnahme Amt 17:*** *Der Einsparvorschlag "Kein Anschluss ans städt. Netz" betrifft lediglich die Verwaltungstätigkeit der Schule und kann umgesetzt werden. Die Lehrtätigkeit bzw. der Unterricht wird nicht beeinträchtigt, da die Schule bereits mit der entsprechenden Schul-IT inklusive Glasfaser-Internetanschluss ausgestattet ist.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	1	Überprüfung der Verzinsung und ggf. Rückforderung der ausgereichten Wohnbaudarlehen	2027	0 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €		35.000 €		Die Darlehensempfänger würden mehr Zinsaufwand zu leisten haben. Es liegt ein Bestand von insgesamt 14,7 Mio. € (u.a. GEWOBAU: 12,8 Mio. €) an Darlehen vor. Die Zinserhöhung würde zu einer nachhaltigen Steigerung der Zinserträge führen. Eine evtl. Rückführung der Darlehen würde die Liquidität verbessern und damit den Kassenkreditbestand reduzieren. Aufgrund der förderrechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit den ausgereichten Darlehen ist der Ausgang der Prüfung offen.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	2	Grundsteuer B - Erhöhung des Hebesatzes auf 660 v. H.	2027	0 €	1.400.000 €	1.400.000 €	1.400.000 €	1.400.000 €		1.400.000 €		Erhöhung des Hebesatzes auf das Niveau von Fürth	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	2	**Antrag CSU Nr. 133/2026 und FWG Nr. 182 und 191/2026:** Keine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 660 v. H.										**CSU:** Verzicht auf das Einsparpotenzial bzw. den Mehrertrag von 1,4 Mio. EUR	
2026	II	20	3	Hundesteuer: Abschaffung der Steuerermäßigung für Hundehalter*innen mit Erlangen-Pass (§ 5 Abs. 3 Hundesteuersatzung)	2027	0 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €		4.000 €		Es ergeben sich sowohl Mehreinnahmen aus der Hundesteuer als auch eine Reduzierung des Portos, da die Ermäßigung jährlich neu verbeschieden werden muss. Zusätzlich verringert sich der Verwaltungsaufwand.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	4	Laubreinigung BKW-Gelände westlicher Bereich durch Wirte	2027	0 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €		8.000 €		Bislang wurden die öffentlichen Grünflächen des gesamten Bergkirchweihgeländes ca.4 Wochen vor der Bergkirchweih durch EB773 bzw. durch eine Fremdfirma von altem Laub, Unkraut und wild aufgegangenen Gehölzbewuchs gereinigt, entsorgt und von EB773 bezahlt. Die Kosten der Fremdfirma beliefen sich im Jahr 2025 auf insgesamt 16.507,87 € brutto. Die Bezahlung erfolgte von EB 773 und es gab bis 2025 keine Weiterverrechnung an Abt.233. Erstmalig zur BKW 2026 wurde die Rechnung von EB773 an Amt 23 zur Bezahlung weitergeleitet. Eine anteilige Umlegung der Kosten von ca. 8.000€ im Bereich der Keller auf die Wirte war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Zukünftig werden die Kellerwirte die Arbeiten (Säuberung von Unkraut /Wildwuchs) selber durchführen.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	II	233	5	Stadtteilkirchweihen - Eingrenzen des Plakatierungsraums	2027	0 €	1.300 €	1.300 €	1.300 €	1.300 €		1.300 €		reduzierte Reichweite; möglicherweise niedrigere Besucherzahlen	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	6	Printmedien der Veranstaltungen reduzieren	2028/2029	2.400 €	0 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €				Einsparung erst nach Vertragsablauf möglich. Für 2026 wurden bereits die Aufwendungen für Printmedien für die Bergkirchweih um 2.446,25 € gekürzt . Da der Auftrag für die Erstellung und Lieferung von Druckerzeugnissen für den August-, Weihnachts-,Lichtmessmarkt, Berkirchweih und StadtteilKW bereits für 2026/2027 erteilt wurde, sind weitere Einsparungen i.H. von 1.000 € erst ab 2028 zu erwarten.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	7	Anpassung Gebühren Wochen-, Spezial- und Weihnachtsmarkt	2027	0 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €		9.000 €		Gebührensatzung soll noch im Jahr 2026 angepasst und durch die Gremien (HFPA & SR) verabschiedet werden.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	7	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Keine Anpassung Gebühren Wochen-, Spezial- und Weihnachtsmarkt. Da es bereits schwierig ist, ausreichend Beschicker für familienfreundliches Angebot zu gewinnen, könnten höhere Gebühren die Teilnahmebereitschaft weiter verringern und das Marktangebot schwächen, was eine sinkende Attraktivität zur Folge hätte.											
2026	II	233	8	Anpassung Fahrplan Schaustellerbus (BKW)	2026	0 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €		12.000 €		Die angegebenen Einsparungen beziehen sich auf eine Anpassung der tgl. Fahrten des Schaustellerbusses (Pendelverkehr zwischen BKW Gelände und Wohnwagenstellplatz) um die Hälfte.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	9	Einstellung Augustmarkt	2027	0 €	10.300 €	19.700 €	19.700 €	19.700 €	23.573AU	900 €	9.400 €	Der August- und Lichtmessmarkt sind fast kostendeckend (Ausgaben-Einnahmen). Sie gehören seit mehr als 300 Jahren zur Erlanger Stadtgeschichte und sie beleben für den Zeitraum des Marktes die Innenstadt bzw. den Markt-/Schlossplatz.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	10	Einstellung Lichtmessmarkt	2028	0 €	0 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	23.573LI				Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	233	10	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Lichtmessmarkt erhalten - einen Traditionsmarkt beibehalten											
2026	II	233	11	Erhöhung Gebühren Bergkrichweih	2027	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €		60.000 €		Für eine Anpassung der Entgelte ist ein Stadtratsbeschluss erforderlich! Durch eine prozentuale Erhöhung der Teilnahme-und Platzüberlassungsgebühren für Wirte und Schausteller z.B. in Höhe von 6-7% können **Mehreinnahmen** erzielt werden	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	WA	1	Wegfall Stelle in WA	2029	0 €	0 €	0 €	0 €	48.800 €					Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	1	Seminare für Auszubildende und Nachwuchskräfte	2027	0 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €		18.000 €		Reduzierung auf ein Mindestmaß: größere Gruppen, Streichung von Inhalten, weniger Seminare	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss														
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	III	11	1	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Seminare für Auszubildende und Nachwuchskräfte in sinnvollem Umfang beibehalten. Qualifikation ist unabdingbar.										**AfD:** Keine Befürwortung der Nr. 2026/III/11/1	
2026	III	11	2	Bus- und Bahnzuschuss für Beschäftigte - Alt. 1 (Reduzierung auf Mindesbetrag, damit VGN-Rabatt erhalten bleibt)	2027	0 €	40.800 €	40.800 €	40.800 €	40.800 €		40.800 €		ca. 800 Beschäftigte betroffen; VGN Rabatt wird nur gewährt, wenn AG einen Zuschuss von mind. 25% des regulären Ticketpreises trägt; Reduzierung Zuschuss von 20,00 auf 15,75 €	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	3	Personalmarketing (Reduzierung-/Standardabsenkung)	2027	0 €	22.000 €	22.000 €	22.000 €	22.000 €		22.000 €		Budget war bereits reduziert	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	4	Einführungswoche Nachwuchskräfte (nochmalige Reduzierung Standard)	2027	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €		10.000 €		Budget war bereits um 10.000€ reduziert	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	11	4	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Einführungswoche Nachwuchskräfte - keine nochmalige Reduzierung Standard											
2026	III	11	5	Ausbildungsplätze reduzieren in den Jahren 2027 und 2028	2027	0 €	60.000 €	278.000 €	436.000 €	407.000 €		5.000 €	55.000 €	Reduzierung der QE 3-Ausbildungsplätze (bisher 15) um jeweils 7 in den Jahren 2027 und 2028; aufgrund der dreijährigen Ausbildungsdauer hat dies Einsparungen in den Jahren 2027 - 2031 zur Folge.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	11	5	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Ausbildungsplätze reduzieren in den Jahren 2027 und 2028 -Keine Reduktion, das halten wir wg. altersbedingten Personalabgängen f. kritisch											
2026	III	11	6	Fortbildungsprogramm der Städteakademie reduzieren	2027	0 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €		4.000 €		Angebot war bereits um 14.000€ reduziert, Mindestangebot verpflichtend aufgrund IZ-Vertrag	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	11	6	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Fortbildungsprogramm der Städteakademie nicht weiter reduzieren											
2026	III	11	7	Gesundheits-/Präventionsangebot reduzieren	2027	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €		5.000 €		30 TN betroffen (2 Kurse)	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	8	DVLoB - Aussetzen der vorgezogenen Stufenaufstiege	2027	0 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €			70.000 €	ca. 120 Beschäftigte in einem 4-Jahres-Zeitraum betroffen, kein tariflicher Anspruch	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	9	Dienstliche Nutzung privater Fahrräder - Entschädigung streichen	2027	0 €	2.100 €	2.100 €	2.100 €	2.100 €		2.100 €		ca. 45 bis 50 Beschäftigte betroffen; hoher Bürokratieaufwand für wenig Wirkung	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	10	Bezahlung freiwilliger Praktika streichen	2027	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €			10.000 €	kein Anspruch	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	III	11	11	Amtszulagen für Beamtinnen und Beamte - keine weiteren Vergaben	2027	0 €	23.000 €	23.000 €	23.000 €	23.000 €			23.000 €	Entscheidung des Dienstherrn, kein individueller Anspruch	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	12	Verlängerung der Wartezeit der Beförderung aller Beamtinnen und Beamten um 1 Jahr	2027	0 €	86.000 €	190.000 €	190.000 €	190.000 €			86.000 €	faktische Beförderungssperre in 2027 für ca. 23 Beamt*innen und in den Folgejahren entsprechend	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	13	Einsparung Volontariate (Personalkosten)	2028	0 €	0 €	24.000 €	35.000 €	35.000 €				Personalkostenbudget, nur noch 2 Volontariate bei Amt 47 aktiv, diese laufen noch aus	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	14	Reduzierung der Werkstudierenden	2027	0 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €		250.000 €		ohne Schulen - Kosten werden aus den Sachkosten der Dienststellen gedeckt	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	15	Prüfung der Zusammenlegung von Ämtern	2029	0 €	0 €	0 €	180.000 €	180.000 €				Organisationsauftrag mit Einsparvorgabe (41, 47, 52)	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	16	Ausweitung der Wiederbesetzungssperre auf 8 Monate	2027	0 €	1.600.000 €	1.600.000 €	1.600.000 €	1.600.000 €			1.600.000 €	bislang 6 Monate Wiederbesetzungssperre, die Folge der Ausweitung ist eine weitere Arbeitsverdichtung in den betroffenen Dienststellen	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	16a	**Antrag FDP Nr. 126/2026:** Reduzierung Stellenvolumen um 10% und Ausweitung der Wiederbesetzungssperre auf 12 Monate			wäre im Nachgang von der Verwaltung zu beziffern	wäre im Nachgang von der Verwaltung zu beziffern	wäre im Nachgang von der Verwaltung zu beziffern	wäre im Nachgang von der Verwaltung zu beziffern				***Stellungnahme Amt 11:*** *Eine Reduzierung des Stellenvolumens um 10% ist insbesondere ohne Wegfall von Aufgaben und freiwilligen Leistungen nicht realisierbar. In Kombination mit einer Ausweitung der Wiederbesetzungssperre von derzeit 6 auf 12 Monate wäre eine Überlastung des verbleibenden Personals nicht vermeidbar. Ein aufgabenbezogener Spar-Ansatz, wie er in der derzeitigen Konsolidierungsrunde angewendet wird, ist einer Begründungspflicht für Wiederbesetzungen vorzuziehen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	16b	**Antrag Erlanger Linke Nr. 208 und 212/2026:** Wiederbesetzungssperre auf drei Monate reduzieren	2027		-2.500.000 €	-2.500.000 €	-2.500.000 €	-2.500.000 €			-2.500.000 €	***Stellungnahme Amt 11:*** *Eine Wiederbesetzungssperre führt in den betroffenen Dienststellen zu einer Arbeitsverdichtung und zu einer zusätzlichen Belastung des verbleibenden Personals. Dennoch ist aus Sicht der Verwaltung die jetzige 6-monatige Wiederbesetzungssperre angesichts der Haushaltslage unvermeidbar. Drohenden Überlastungssituationen kann bisher durch die Ausnahmemöglichkeit im Einzelfall entgegengewirkt werden.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	17	Förderung der Betriebsgemeinschaft streichen	2027	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €		60.000 €		keine Förderung von z.B. Amtsausflügen; Betriebsfest bereits aus Einspargründen entfallen	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	30	1	Haftpflichtversicherung für Betreute des Jugendamtes HK 513000/K2200	2027	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €		5.000 €		nachrangige Versicherung; Amt 51 müsste Schaden im Schadensfall selber übernehmen; gezahlte Beträge von 2001-2026: ca. 63.000€ - Regulierungen durch die Versicherung in diesem gesamten Zeitraum: ca. 1.349 €, davon 731,32 € aus Kulanz	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	39	1	Erhöhung der Kosten für Tiergutachten	2027	0 €	800 €	800 €	800 €	800 €		800 €		Die Gebühren für Zeugnisse sind festgeschrieben. Bisher wird jedoch keine Arbeitszeit dafür berechnet. Zukünftig wird Arbeitszeit dafür anteilig verrechnet. Das ist in Nachbarstädten schon der Fall.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	OBM	13	1	Wegfall Aktiv-Card	2027	0 €	9.500 €	9.500 €	9.500 €	9.500 €	13.111A	9.500 €		0,5 Stellenumfang im Rahmen HHK 2025 bereits eingespart; weniger Anerkennung des Erlanger Ehrenamts durch wegfallende Vergünstigungen	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	1a	**Antrag FWG Nr. 188/2026:** Prüfung der Überführung der Erlanger Aktiv-Card in die Bayerische Ehrenamtskarte										***Stellungnahme Amt 13:*** *Eine Überführung der bisherigen Vergünstigen der Aktiv-Card in die Bayerische Ehrenamtskarte würde weiterhin Mindereinnahmen bei den beteiligten städtischen Einrichtungen verursachen. Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wäre damit nicht mehr möglich.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	1b	**Antrag CSU/GL Nr. 180/2026:** Stärkung der bayerischen Ehrenamtskarte										***Stellungnahme Amt 13:*** *Die Verwaltung nimmt den Arbeitsauftrag an und wird die Stärkung der Bayerischen Ehrenamtskarte im Zusammenhang einer möglichen Abschaffung der Aktiv-Card und den dadurch frei werdenden Personalkapazitäten vorantreiben.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	2	Wegfall Ehrenamtsveranstaltung	2026	3.500 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €		4.000 €		0,5 Stellenumfang im Rahmen HHK 2025 bereits eingespart; Finanzierung durch Spenden/ Sponsoring wird geprüft; weniger Anerkennung des Erlanger Ehrenamts **Ergänzung Amt 13: Veranstaltungskosten ab 2026 durch Sponsoring gedeckt**	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	3	keine Wiederbesetzung im Bereich Städtepartnerschaften	2028	0 €	0 €	12.500 €	48.100 €	48.100 €				es wird eine deutliche Arbeitsverdichtung geben; Prüfung Reduzierung Aufgaben	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	4	Inklusion (Wegfall Zuschuss f. Barrierefreiheit)	2027	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	13.111INK2	5.000 €		keine Einsparung von Personalkosten; fachliche Zuarbeit (anteilig) an AL; barrierefreie Angebote von Vereinen werden erschwert	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	5	Wegfall der städt. Eröffnungsveranstaltung der Bergkirchweih	2027	0 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €		8.000 €		Prüfung: Sponsoring-Angebot für Bewirtung; Weiterhin Anmietung der Bühne für den Anstich	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	6	Streichung Assistenz GST bzw.13-3	2027	0 €	16.000 €	32.000 €	32.000 €	32.000 €			16.000 €	Durch Veränderung der Abläufe und Arbeitsverdichtung könnte im Bereich GSt/SG 13-3/AIB eine halbe PlSt. eingespart werden.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	7	Abschaffung Nachhaltigkeitsbeirat	2027 (mit StR-Beschluss)	0 €	26.500 €	50.900 €	50.900 €	50.900 €	13.111BR (für alle Beiräte)	2.100 €	24.400 €	Neuberufung 2027; Amtszeit 3 Jahre, durch Satzung geregelt; Einschränkung der Bürgerbeteiligung; Wegfall Beratung der Stadtverwaltung	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	8	Abschaffung Stadtteilbeiräte	2027 (mit StR-Beschluss; reguläre turnusmäßige Neuberufung 2032)	0 €	32.600 €	53.000 €	53.000 €	53.000 €	13.111BR (für alle Beiräte)	12.200 €	20.400 €	Einschränkung der Bürgerbeteiligung in den jeweiligen Stadtteilen; Kenntnisse über örtliche Besonderheiten, konkrete Problemlagen und Prioriäten könnten weniger unmittelbar in Entscheidungensprozesse einfließen.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	8a	**Antrag FWG Nr. 190 und 191/2026:** Vor einer Entscheidung über die vorgeschlagene Abschaffung der Stadtteilbeiräte wird eine Überprüfung ihrer Arbeit und ihres Aufwands durchgeführt.										***Stellungnahme Amt 13:*** *siehe 2026/OBM/13/8b/9b*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	OBM	13	9	Abschaffung Ortsbeiräte	2027 (mit StR-Beschluss; reguläre turnusmäßige Neuberufung 2032)	0 €	31.800 €	50.600 €	50.600 €	50.600 €	13.111BR (für alle Beiräte)	13.000 €	18.800 €	Einschränkung der Bürgerbeteiligung in den jeweiligen Ortsteilen; Kenntnisse über örtliche Besonderheiten, konkrete Problemlagen und Prioriäten könnten weniger unmittelbar in Entscheidungensprozesse einfließen.	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	9a	**Antrag FWG Nr. 190 und 191/2026:** Die vorgesehene Abschaffung der Ortsbeiräte wird nicht umgesetzt. (evtl. Einsparungsmöglichkeiten b. Personalkosten 18.800 € jährl.)										***Stellungnahme Amt 13:*** *siehe 2026/OBM/13/8b/9b*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	8b/9b	**Antrag CSU/Grüne Liste Nr. 155/2026:** Stadtteil- und Ortsbeiräte erhalten - Die für die Betreuung der Beiräte vorgesehenen personellen Ressourcen werden im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um 0,5 Vollzeitstellen reduziert.										***Stellungnahme Amt 13:*** *Die Verwaltung befürwortet die Zusammenlegung der Geschäftsstellen für Orts- und Stadtteilbeiräte sowie die Reduzierung auf 0,5 Planstellen. Die Umsetzung soll durch eine stärkere Eigenorganisation der Beiräte und eine Reduzierung von Sitzungen erfolgen. Die Zusammenarbeit ist entsprechend neu abzustimmen. Die Sachmittelansätze wurden im Haushaltsentwurf 2027 bereits angepasst und gekürzt. Ab 2027 sind insgesamt 4.000 Euro für die Ortsbeiräte und 4.200 Euro für die Stadtteilbeiräte vorgesehen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
Neue Einsparmöglichkeiten (Fraktionsanträge):															
2026	I	17	neu	**Antrag SPD Nr. 122/2026, siehe auch Antrag Nr. 121/2026 zum Stellenplan:** Digitalisierungsoffensive - Einsparungen saldiert mit Stellenkosten	2027		250.000 €	750.000 €	1.750.000 €	1.750.000 €				***Stellungnahme Ref. III:*** *Die Stellenneuschaffungen sind abzulehnen, da keine Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die geforderte Einsparsumme von 2 Mio. EUR bis 2029 kann durch diese Stellenneuschaffungen nicht verbindlich beziffert und generiert werden.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag SPD Nr. 122/2026:** Erhöhung der Zweitwohnungssteuer von 16 auf 24 Punkte	2027		500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €		500.000 €		***Kämmerei:*** *Die Zweitwohnungsteuer wird erstmals zum 01.01.2027 erhoben. Der festgesetzte Steuersatz von 16 von Hundert orientiert sich an dem Steuersatz von Ingolstadt, welche die Zweitwohnungsteuer erst zum 01.01.2026 eingeführt haben. In den Städten Nürnberg, Fürth und Augsburg liegt der Steuersatz bei 10 von Hundert.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag SPD Nr. 119, 122/2026:** Mehreinnahmen durch Wiederbestellung des Hundesteuerkontrolleurs	2027		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €		40.000 €		*siehe Beschlussvorlage Nr. 20/107/2026*	
2026	II	20	neu	**Antrag SPD Nr. 122/2026:** Effekte Gemeindefinanzreform und Bagatellsteuern	2030					5.000.000 €				***Kämmerei:*** *Eine mögliche Gemeindefinanzreform kann durch die Kämmerei nicht beziffert und belastbar geschätzt werden.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Anpassung Zuschuss ETM an Aufwendungen 2025 und 2026	2027		400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 848.000 € für den Zuschuss ETM unter Vorabdotierung 20.575C veranschlagt. Der geringere Zuschussbedarf der Jahre 2025 und 2026 resultiert aus einer Abschmelzung von liquider Reserven. Die im Haushalt enthaltenen Beträge sind durch laufende vertragliche Verpflichtungen (u.a. Gehälter und Mietzahlungen) auf Seiten des Vereins gebunden. Eine Kürzung könnte unter Umständen zu Vertragsbrüchen des Vereines führen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Anpassung Förderverein Eichendorffschule an realen Bedarf 2026	2027		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 55.000 € für den Zuschuss Förderverein Eichendorffschule unter Vorabdotierung 20.363A veranschlagt.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Anpassung Zuschuss "medical valley" - keine Kosten, kein Budget nötig.	2027		20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 20.000 € für den Zuschuss "medical valley" unter Vorabdotierung 20.575A veranschlagt.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	II	20	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Fahrradrikscha abschaffen	2027		1.800 €	1.800 €	1.800 €	1.800 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 1.800 € für den Zuschuss Fahrradrikscha unter Vorabdotierung 20.571R veranschlagt.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 203/2026:** Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes - Die Stadt Erlangen erhöht den Hebesatz der Gewerbesteuer ab 01.01.2027 auf das Münchner Niveau von 490 Punkten.	2027		14.000.000 €	14.000.000 €	14.000.000 €	14.000.000 €		14.000.000 €		***Kämmerei:*** *Bei einem Hebesatz von 490 Punkten würden sich Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 139 Mio. € errechnen. Zu den angesetzten 125 Mio. € ergeben sich somit Mehrerträge in Höhe von 14 Mio. €. Die Änderung des Hebesatzes hat keine Auswirkungen auf die Höhe der Gewerbesteuerumlage. Der dargestellte Mehrertrag stellt eine rein rechnerische Schätzung dar. Die tatsächlichen Einnahmen können von der Schätzung abweichen, da insbesondere die Reaktion der Unternehmen auf einen geänderten Hebesatz nicht vorhersehbar ist. Erlangen liegt mit dem aktuellen Hebesatz von 440 v. H. bereits über dem Landesdurchschnitt von kreisfreien Gemeinden mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern, der im aktuellsten Bericht des LA für Statistik "Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2024" (sog. Kassenstatistik) mit 423 v. H. ausgewiesen wird. Eine Erhöhung würde Investitionen hemmen, Neuansiedlungen erschweren und das Risiko von Betriebsverlagerungen in Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen erhöhen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 203/2026:** Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes - Hilfsweise erhöht die Stadt Erlangen den Hebesatz der Gewerbesteuer auf das Augsburger Niveau von 470 Punkten.	2027		9.000.000 €	9.000.000 €	9.000.000 €	9.000.000 €		9.000.000 €		***Kämmerei:*** *Bei einem Hebesatz von 470 Punkten würden sich Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 134 Mio. € errechnen. Zu den angesetzten 125 Mio. € ergeben sich somit Mehrerträge in Höhe von 9 Mio. €. Die Änderung des Hebesatzes hat keine Auswirkungen auf die Höhe der Gewerbesteuerumlage. Der dargestellte Mehrertrag stellt eine rein rechnerische Schätzung dar. Die tatsächlichen Einnahmen können von der Schätzung abweichen, da insbesondere die Reaktion der Unternehmen auf einen geänderten Hebesatz nicht vorhersehbar ist. Erlangen liegt mit dem aktuellen Hebesatz von 440 v. H. bereits über dem Landesdurchschnitt von kreisfreien Gemeinden mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern, der im aktuellsten Bericht des LA für Statistik "Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2024" (sog. Kassenstatistik) mit 423 v. H. ausgewiesen wird. Eine Erhöhung würde Investitionen hemmen, Neuansiedlungen erschweren und das Risiko von Betriebsverlagerungen in Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen erhöhen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 203/2026:** Hilfsweise erhöht die Stadt Erlangen den Hebesatz der Gewerbesteuer auf das Nürnberger Niveau von 467 Punkten.	2027		8.000.000 €	8.000.000 €	8.000.000 €	8.000.000 €		8.000.000 €		***Kämmerei:*** *Bei einem Hebesatz von 467 Punkten würden sich Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 133 Mio. € errechnen. Zu den angesetzten 125 Mio. € ergeben sich somit Mehrerträge in Höhe von 8 Mio. €. Die Änderung des Hebesatzes hat keine Auswirkungen auf die Höhe der Gewerbesteuerumlage. Der dargestellte Mehrertrag stellt eine rein rechnerische Schätzung dar. Die tatsächlichen Einnahmen können von der Schätzung abweichen, da insbesondere die Reaktion der Unternehmen auf einen geänderten Hebesatz nicht vorhersehbar ist. Erlangen liegt mit dem aktuellen Hebesatz von 440 v. H. bereits über dem Landesdurchschnitt von kreisfreien Gemeinden mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern, der im aktuellsten Bericht des LA für Statistik "Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2024" (sog. Kassenstatistik) mit 423 v. H. ausgewiesen wird. Eine Erhöhung würde Investitionen hemmen, Neuansiedlungen erschweren und das Risiko von Betriebsverlagerungen in Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen erhöhen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	20	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 213/2026:** Erhöhung des Haushaltsansatzes der Gewerbesteuereinnahmen von 125 Mio. € auf 130 Mio. €. Im Falle der Annahme des Antrags auf Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes erhöht sich der Ansatz entsprechend.			4.603.000 €							***Kämmerei:*** *Im Unterschied zu einer reinen Änderung des Hebesatzes bewirkt eine Erhöhung des Haushaltsansatzes bei der Gewerbesteuer eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage. Dies führt zu Mehraufwendungen in Höhe von 397 Tsd. €.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	III	11	neu	**Antrag SPD Nr. 122/2026:** Freiwillige Reduzierung der Dienstaufwandsentschädigung durch OBM, Ref I-VIII	2027		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €		50.000 €		***Amt 11:*** *Grundsätzlich kann die Dienstaufwandsentschädigung während der Amtszeit durch Beschluss geändert werden.* *Die Rahmensätze gemäß Anlage 2 zu Art. 46 KWBG betragen:* *OBM:* *Mindestbetrag: 878,10 €* *Höchstbetrag: 1690,44 €* *Weitere BM und berufsmäßige Stadtratsmitglieder:* *Mindestbetrag: 715,08 €* *Höchstbetrag: 1365,78 €*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	III	11	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 212 und 215/2026:** Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters, der zweiten Bürgermeisterin sowie des dritten Bürgermeisters ab 01.01.2027 auf die Untergrenze des in Art. 46 i. V. m. Anlage 2 KWBG genannten Betrages	2027		25.300 €	25.300 €	25.300 €	25.300 €		25.300 €		*Rahmensätze gemäß Anlage 2 zu Art. 46 KWBG*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	neu	**Antrag FWG Nr. 187 und 191/2026:** Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse der im Stadtrat vertretenen Parteien, Fraktionen und Gruppen ab dem Haushaltsjahr 2027 um 10 %	2027		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €		30.000 €		***Stellungnahme Amt 13:*** *Eine Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse um 10% ab 2027 würde bei einem Haushaltsansatz von 300.602 Euro für 2027 zu einer Einsparung von rund 30.000 Euro führen. Tariflich vorgesehene Steigerungen würden weiterhin berücksichtigt.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 212 und 215/2026:** Keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte und Fraktionsvorsitzende im Jahr 2027. Die Aufwandsentschädigungen für Stadträte sind an die bayerische Beamtenbesoldung gekoppelt, die wiederum regelmäßig die Abschlüsse des Tarifvertrags der Länder übernimmt. Der gültige TV-L sieht im Jahr 2027 (zurecht!) eine Tariferhöhung vor. Wir wollen, dass diese Tariferhöhung nicht bei den Stadträten nachvollzogen wird.			5.000 €							***Stellungnahme Amt 13:*** *Aufwandsentschädigung für StR/Fraktionsvorsitzende:* *Der Verzicht auf die Erhöhung im Jahr 2027 würde bedeuten, dass die geplante prozentuale Steigerung von 2% ab 01.09.2027 nicht umgesetzt wird. Die daraus resultierende einmalige Einsparung würde sich auf 5.009,39 € belaufen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 212 und 215/2026:** Keine Erhöhung der Fraktionsgeschäftsführungszuschüsse im Jahr 2027. Der Fraktionsgeschäftsführungs-zuschuss ist an den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst gekoppelt. Der TVÖD wird im Jahr 2027 neu verhandelt und (zurecht!) werden die Kolleginnen und Kollegen für eine substanzielle Tariferhöhung kämpfen. Wir wollen, dass diese Tariferhöhung nicht bei den Fraktionsgeschäftsführungszuschüssen nachvollzogen wird.			6.000 €							***Stellungnahme Amt 13:*** *Fraktionsgeschäftsführungszuschüsse:* *Der Haushaltsansatz 2027 in Höhe von 300.602 Euro berücksichtigt eine voraussichtliche Tariferhöhung von 2%. Der Verzicht auf diese kalkulierte Erhöhung im Jahr 2027 würde Haushaltsmittel in Höhe von rund 6.000 Euro freisetzen.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** San Carlos - Anpassung			10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 15.000 € für San Carlos unter Vorabdotierung 13.111SC veranschlagt.* ***Amt 13:*** *Im ursprünglichen Haushaltsentwurf waren 18.000 € für 2027 angesetzt. Der Fachbereich hat durch geplante Einsparungen bereits auf 3.000 Euro Budget verzichtet. Weitere Einsparungen können nicht unterstützt werden, da für 2027 bereits Aktivitäten geplant sind, um die Partnerschaftsarbeit aufrecht zu erhalten.*	Abstimmung HFPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	OBM	13	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Diversity und …. - kein Bedarf in der geplanten Höhe			8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €				***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 10.100 € für Diversity und LGBTIQ* unter Vorabdotierung 13.111D veranschlagt.* ***Amt 13:*** *Im ursprünglichen Haushaltsentwurf waren 14.400 € für 2027 angesetzt. Der Fachbereich hat durch geplante Einsparungen bereits auf 4.300 Euro Budget verzichtet. Weitere Einsparungen können nicht unterstützt werden, da die Erlanger Erklärung mit über 100 Unterzeichnenden, das CSD-Begleitprogramm sowie Workshops für Diversity und LGBTQIA davon organisiert werden müssen.*	Abstimmung HFPA: mit … gegen … Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	OBM	13	neu	**Antrag Erlanger Linke Nr. 212 und 214/2026:** Nachbarschaftsausgleich für die Nutzung von Einrichtungen										*siehe Beschlussvorlage Nr. 13/288/2026*	
				Gesamt (ohne Fraktionsanträge)		**17.900 €**	**3.978.700 €**	**4.581.700 €**	**5.168.100 €**	**5.187.900 €**		**2.045.700 €**	**1.933.000 €**		